



PRESSEDIENST

Niederkirchnerstraße 5
D-10111 Berlin
Fon (030) 23 25 24 50/51
Fax (030) 23 25 24 09

pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de
www.gruene-fraktion-berlin.de

Datum

19.07.2009

Nummer

Thema

Verkehr/S-Bahn

Redaktion

-msh-

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt zu den Angebotskürzungen der S-Bahn auf 25% ab Montag:

Ab Montag auf andere Verkehrsmittel ausweichen – Fernbahnhalt am Zoo reaktivieren

Wenn am Montag die S-Bahnkapazität auf ein Viertel der Fahrzeuge eingeschränkt wird, wird das Gedränge noch größer als bisher. BahnkundInnen sollten nur dann die S-Bahn benutzen, wenn sie keine Alternative haben und vor allem deutlich mehr Zeit einplanen. Insbesondere BerlinerInnen mit gesundheitlichen Problemen sollten S-Bahnfahrten möglichst vermeiden. Kleinen Kindern sollte der physische und psychische Stress überfüllter Züge nur dann zugemutet werden, wenn es gar keine Alternative gibt. Auch Fahrräder und Hunde sollten ab morgen besser nicht mitgenommen werden. InhaberInnen von Fahrrad-Monatskarten sollten von der S-Bahn die Rückerstattung der Kosten ihrer Fahrradkarte verlangen.

Das S-Bahnmanagement sollte die ab Montag beschäftigungslosen S-Bahnfahrer als Aufsichtspersonal einsetzen, damit auf allen Bahnhöfen die Sicherheit und Informationsmöglichkeit zumindest etwas verbessert werden kann. Darüber hinaus fordern wir die DB auf, unverzüglich wieder einen Halt für den Fernverkehr am Bahnhof Zoo einzurichten, um den Bahnkunden unnötige Umwege zu ersparen.

Wir stehen vor einem S-Bahn-Supergau. Was in England erst nach der Bahnprivatisierung eingetreten ist, schafft die Deutsche Bahn mit ihren überzogenen Gewinnerwartungen schon im Vorfeld des geplanten Börsengangs. Im Verkehrsausschuss war keiner der Verantwortlichen bereit, sich zu den Ursachen und zur Verantwortung für das Desaster zu äußern. Nicht Raddefekte sondern die rigide Sparmaßnahmen haben zum Supergau bei der S-Bahn geführt. Das und ein schlechten S-Bahnvertrag, verursachten zuerst Leistungs- und später dann die Sicherheitsmängel. Bis heute gibt es kein überzeugendes Konzept, wie derartige Entwicklungen in Zukunft verhindert werden sollen.

Wir fordern den Senat angesichts dieser dramatischen Einbrüche im Bahnverkehr auf, erneut im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf den völligen Verzicht des Böt-sengangs der Deutschen Bahn zu drängen. Darüber hinaus muss der S-Bahnvertrag gekündigt und nachverhandelt werden. Der Senat muss jetzt handeln und darf sich nicht auf die Prüfung einer eventuellen Ausschreibung in der kommenden Legislaturperiode zurückziehen. Das würde bedeuten, dass sich die Ansprüche der Fahrgäste bis 2017 dem Gewinnstreben der Bahn unterzuordnen hätten.